



Zeitung der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste in München  
[www.gruene-muenchen-stadtrat.de](http://www.gruene-muenchen-stadtrat.de)

# Bilanz von 7 Jahren

*Was die rot-grüne Bundesregierung für München bewirkt hat*

Mit großer Hoffnung haben auch die Grünen Kommunalpolitiker im September 1998 auf die Entwicklungen auf Bundesebene geblickt, wo SPD und Grüne sich anschickten, eine Regierung zu bilden. Der Reformstau war lang, dessen Auflösung man von einer rot-grünen Bundesregierung erwartete.

Integrationspolitik für Einwanderer und Flüchtlinge, umweltgerechtere und moderne Energie- und Verkehrspolitik, verbesserte Rechtsstellung für gleichgeschlechtliche Paare, die Lösung oder wenigstens Linderung der kommunalen Finanzkrise – das waren nur einige der wichtigsten Erwartungen an das rot-grüne Projekt.

Sieben Jahre später, nachdem die SPD das rot-grüne Bündnis fürs erste aufgegeben hat, ist es Zeit, Bilanz zu zie-

hen. Die Grünen Stadträte und StadträtInnen schildern in diesem Heft aus ihren politischen Aufgabenfeldern, was Rot-Grün in Berlin geschafft hat und auch, wo die Hoffnungen sich nicht erfüllt haben.

Nicht alles, was aus Berlin kam, stieß in den Kommunen auf Zustimmung. Selbst prominente SPD-Oberbürgermeister wie Christian Ude sahen sich zu offener Kritik veranlasst,

als die Haushaltsdefizite der Städte und Gemeinden immer neue Rekordhöhen erreichten. Auch die Grüne Stadtratsfraktion hat einige Male bei ihrer Fraktion in Berlin schriftlich oder persönlich interveniert. Das betraf ebenfalls die Finanzen, aber auch Themen wie die Lage von Flüchtlingen, Missstände bei der Pflege alter Menschen, den Bau des Transrapid (ein ständiges Thema zwischen Berlin und München) und die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau. In manchen Fällen konnte die Stadt dank kurzer Kommunikationswege von Rot-Grün zu Rot-Grün entscheidenden Einfluss nehmen und Schlimmes verhindern - etwa bei der Nachbesserung der



*Bei der Förderung erneuerbarer Energien haben sich Bund und Stadt hervorragend ergänzt. München gewann daher den Wettbewerb „Energiesparkommune“ der Deutschen Umwelthilfe in der Kategorie über 100.000 Einwohner.*

Ausbildungsplatzabgabe.

Auch wenn nicht alle Wünsche in Erfüllung gingen, so ist zumindest die Zusammenarbeit und die Kommunikation mit der Fraktion in Berlin in den letzten Jahren gut gewesen.

In München arbeitet mittlerweile das älteste – und nach der Wahlpleite in NRW auch wichtigste - rot-grüne Bündnis in Deutschland, abgesehen von der Bundesebene. Nur zu gerne würden wir den Spitzenplatz auch weiter den Berlinern überlassen. Deren Koalition ist noch nicht einmal halb so alt - und gewiss noch nicht museumsreif.

M. Viellvoye

## Was drin ist

	Seite
Erfolgsstory Energiepolitik.....	2
Hartz 4 Reloaded.....	4
Verkehrspolitik: Zu wenig für Grüne Ansprüche.....	6
Migrationspolitik:	
Anpassung an die Realitäten.....	8
Der sichtbare Islam in Sendling....	12
Wahlkampf in Zeiten des Untergangs.....	14

# ERNEUERBARE ENERGIEN

## DIE ERFOLGSSTORY DER VERGANGENEN JAHRE

**Mit dem Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG) hat die rot-grüne Bundesregierung bereits in ihrer ersten Amtsperiode den Ausbau erneuerbarer Energien sehr stark forciert. Ziel ist es, im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes, die Energieversorgung nachhaltig zu entwickeln, ihre volkswirtschaftlichen Kosten zu verringern und zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen beizutragen.**

Bis Ende 2004 ist der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Bruttostromverbrauch in Deutschland auf 9,3 Prozent gestiegen gegenüber 4,7 Prozent im Jahre 1998. Allein im Jahre 2004 wurden dadurch rund 70 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> vermieden. Rund 85 Prozent der vermiedenen CO<sub>2</sub>-Emissionen entfielen auf den Einsatz von Wasserkraft und Windenergie, die restlichen 15 Prozent teilen sich die Solarstromerzeugung sowie der Einsatz biogener Festbrennstoffe, biogener flüssiger Brennstoffe und Biogas.

Neben dem EEG hat die Bundesregierung zahlreiche andere Maßnahmen ergriffen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen. Als Beispiele seien dafür genannt: die Befreiung der Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer, das Förderprogramm zur Nutzung erneuerbarer Energien als Marktanzreizprogramm, das Förderkonzept „Solarthermie 2000 +“ und das Programm „Nachwachsende Rohstoffe“. Die Förderung der erneuerbaren Energien weist auch positive Qualifizierungs- und Beschäftigungseffekte auf. Nach Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat sich die Zahl der direkt und indirekt im Bereich der erneuerbaren Energien Beschäftigten von rund 66.000 im Jahr 1998 auf rund 119.000 in 2002 fast verdoppelt. Rund 45 Prozent der Beschäftigten entfallen dabei auf die Windenergie, weitere 25 Prozent auf den Bereich Biomasse. Die restlichen 30 Prozent entfallen auf Beschäftigte im Be-

reich der Wasserkraft, der Solarenergie, der Wärmepumpen und sonstiger Dienstleistungen.

### **Mehrbelastungen sind vertretbar**

Kritiker des EEG bringen insbesondere zwei Argumente vor: einmal wird behauptet, dass der Bedarf an Regelenergie, der durch die Schwankungen bei der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien resultiert, sehr hoch sei, und zum andern, dass die erneuerbaren Energien nicht unmaßgeblich an den Strompreissteigerungen der letzten Jahre beteiligt gewesen seien.

Dazu ist folgendes festzuhalten: Nach einer Untersuchung der Deutschen Energieagentur müssen im Jahresmittel etwa 1.200 Megawatt an Regel-/Reserveleistung vorgehalten werden. Dies entspricht gerade einmal 8,1 Prozent der installierten Leistung aus der Windenergienutzung. Diese Reserveleistung kann ohne den Zubau zusätzlicher Kraftwerke jederzeit zur Verfügung gestellt werden.

Im Jahr 2004 hatte das Erneuerbare Energien-Gesetz im Haushaltsbereich einen Anteil am Strompreis von lediglich 3 Prozent. Insbesondere die hohen Preise für die Netznutzung, die bisher von den wenigen großen Energieversorgern in Deutschland domi-

niert wurden, werden aufgrund des von der Bundesregierung kürzlich verabschiedeten Energiewirtschafts-Gesetzes in nächster Zeit nicht unerheblich sinken.

### **Kraft-Wärme-Koppelung**

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die Förderprogramme zum Einsatz erneuerbarer Energien und die Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (z.B. Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz) haben auch nicht unerhebliche positive Auswirkungen auf die Landeshauptstadt München gehabt: Das neue Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk in Thalkirchen nutzt die Abwärme als Fernwärme und hat dadurch eine optimal hohe Primärenergie-Ausbeute. Es ist bundesweit die größte Anlage ihrer Art in den letzten Jahren. Durch die gesetzlichen Maßnahmen zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung wurde die Energieeffizienz der Stadtwerke München GmbH mit einem zweistelligen Millionenbetrag gefördert.

In der neuen Wohnsiedlung am Ackermannbogen wurde für rund 300 Wohnungen ein innovatives Konzept zur Einrichtung eines lokalen solaren Nahwärmesystems entwickelt, wodurch über 40 Prozent der benötigten Wärme solar gedeckt werden wird. Dieses Projekt mit einem Gesamtkostenvolumen



*Jürgen Trittin, Joachim Lorenz und Harald Kächele von der Deutschen Umwelthilfe bei der Preisverleihung des Wettbewerbs „Energiesparkommune.“*

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*dass alles vergänglich ist, weiß gerade eine der Ökologie verpflichtete Partei wie wir Grüne nur allzu gut. Es wäre indes zu kurz gegriffen, den steten Prozess des Werdens und Vergehens nur auf die Biosphäre zu beziehen. Nein, auch in den sozialen und politischen Strukturen gibt es keine Ewigkeit. Konflikte, um deren willen man lange und erbitterte Kriege geführt hat, verschwinden irgendwann anscheinend von selbst. Evangelisch oder katholisch oder gar nichts - wen kümmert's heute noch? Wer trauert noch um große Reiche, Kaiser, Fürsten?*

*Auch die Parteien, Machthaber unserer Tage, sind dieser Gesetzlichkeit unterworfen. Vor allem die Sozialdemokraten scheinen augenblicklich von Kompostierung bedroht zu sein. Doch was heißt hier bedroht? Kompost zu sein, das bedeutet ja gewachsen zu sein, sich im Kampf ums Dasein behauptet zu haben und nun der Dünger zu sein für neues Wachstum.*

*Im Kompost liegt die Kraft, so müssen wir uns den Aufschwung der neuen Linkspartei erklären. Die SPD hat ihre Kernziele derart erfolgreich durchgesetzt, dass irgendwann der Prozess des Absterbens einsetzen musste – ein ganz natürlicher Vorgang. Und auf diesem Mist gedeiht der Weizen von Gysi und Lafontaine ganz hervorragend.*

*Die Empörung, die dieses Wachstum auch bei einigen Grünen auslöst, ist leicht erklärlich: Sie entspringt der Nahrungskonkurrenz, denn auch die Grünen keimten einst auf einem von der SPD gedüngten Acker. Jetzt kommt die nächste Welle frustrierter Sozis um das deutsche Parteiensystem zu bereichern. Da machen sich Die Grünen natürlich Sorgen, ob der gute SPD-Kompost denn auch für alle reichen wird. Doch eine Sonnenblume ist keine Würgefeige. Besser also, wir lernen, auch auf magere Böden zu gedeihen und mit der neuen Pflanze zu koexistieren. Vielleicht wird ja nochmal eine Symbiose daraus - wo wir doch auf dem gleichen Misthaufen wachsen.*

Markus Viellvoye

von 4,5 Millionen Euro wurde durch den Bund mit 1,2 Millionen Euro gefördert.

### Solarstromerzeugung

Während das einzige Münchner Windrad schon vor Inkrafttreten des Erneuerbaren Energie-Gesetzes in Betrieb ging, aber heute von der günstigen Einspeisevergütung profitiert, lösten die Bundesgesetze vor allen Dingen mit ihrer Fortschreibung zum 1.1.2004 einen wahren Boom beim Bau von Anlagen zur solaren Stromerzeugung aus. Fast 40 Prozent der 900 Photovoltaikanlagen im Versorgungsgebiet der Stadtwerke München GmbH mit einer Leistung von fast 8 MW<sup>peak</sup> wurden seit dem 1.1.2004 errichtet. Über 50 Prozent der Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet sind auf Dächern der Stadt München oder einer ihrer Gesellschaften errichtet. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Stadt ihre eigenen Dächer Dritten zur mietfreien Nutzung für Photovoltaikanlagen bereitstellt. Ebenfalls rund 40 Prozent der in München installierten Leistung von Solarstromanlagen sind sogenannte Bürgerbeteiligungsanlagen. Diese Anlagen sind zum größten Teil auf städtischen Dächern oder Dächern städtischer Gesellschaften gebaut worden.

### Biomasse

Last but not least entwickelt das Referat für Gesundheit und Umwelt derzeit ein Förderkonzept für den Einsatz von Biomasse im Heizungsbereich, mit dem die Förderung des Bundes durch eine eigene Förderung der Stadt gekoppelt werden soll. Dadurch erhoffen wir uns einen Aufschwung beim Einsatz von Holzpellets für Zentralheizungs- und Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen sowie eine verstärkte Koppelung von thermischer Solarenergie und Holzpelletsfeuerung. Der entsprechende Stadtratsbeschluss soll noch vor der Sommerpause 2005 erfolgen.

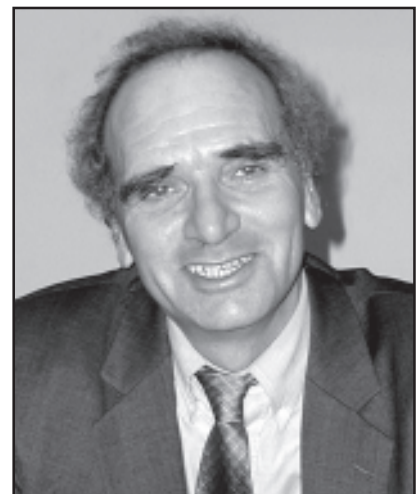
### Wasserkraft

Auch im Bereich der Wasserkraft profitiert die Stadt München vom EEG. Derzeit errichtet ein privater Betreiber mit maßgeblicher Unterstützung der Stadt eine Wasserkraftanlage in unmittelbarer Nachbarschaft zur Muffathal-

le. Und die Stadtwerke München GmbH planen die Wiederinbetriebnahme eines Wasserkraftwerkes im Bereich des Praterwehrs, mit dem der Anteil des durch erneuerbare Energieträger erzeugten Stroms in München maßgeblich ansteigen wird.

### Regierungswechsel gefährdet EEG

Auch wenn die Stadt München über ihre Förderprogramme eine bundesweit beachtenswerte kommunale Unterstützung für den Einsatz erneuerbarer Energien und die Förderung effizienter Energietechnik vorhält, wären die bisher erreichten Standards ohne die Rahmenbedingungen des Bundes nicht erreicht worden. Die von CDU/CSU und FDP geforderte Abschaffung des EEG hätte zwar keine Auswirkungen auf bereits vorhandene Anlagen, da diese Bestandsschutz genießen. Ein Ausbau im Umfang der letzten vier Jahre ist aber allein mit kommunaler Unterstützung in keinem Fall möglich. Die Folgen wären nicht nur für den Umwelt- und Klimaschutz fatal. Vielmehr wären die in den letzten Jahren entstandenen Arbeitsplätze im mittelständisch geprägten Handwerk in Gefahr. Der Erhalt und die Weiterentwicklung des Erneuerbaren Energie-Gesetzes muss deshalb unter ökologischen und beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten im Mittelpunkt der Grünen Politik stehen – gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen.



Joachim Lorenz, städtischer Referent für Umwelt und Gesundheit.

# HARTZ IV – RELOADED

## Armutsrisiken durch die Reform der Arbeitsvermittlung

**In dem Film *Matrix* müssen die Menschen erkennen, dass sie in einer Scheinwelt leben, aufrecht-erhalten von Maschinen. Auch die Macher von Hartz IV müssen dies allmählich erkennen.**

Der Glaube will sich einfach nicht bewahrheiten, dass man die Menschen nur lange genug fordern müsse, damit sie, zumindest zum Teil, auf dem freien Arbeitsmarkt eine Stelle finden.

*Matrix* findet seine Fortsetzung dann in *Matrix Reloaded* und *Matrix Revolutions*. Beide Fortsetzungen können wir derzeit auch im Rahmen des Wahlkampfes bei Hartz IV erleben.

*Hartz IV – Reloaded:*

Die SPD hat erkannt, dass mit Hartz IV in der derzeitigen Fassung kein Staat zu machen ist – und so erleben wir (durchaus sinnvolle) Nachbesserungen, die ohne Wahlkampf kaum denkbar gewesen wären. (Ob hier die Erwartung eine Rolle spielt, dass ab Herbst andere für die Finanzierung sorgen müssen?)

So wurde beschlossen, die Übergangszeiten für ältere Arbeitnehmer bis 2008 zu verlängern, die Zuverdienstmöglichkeiten für ALG II-Empfänger zu verbessern und die Mitsprachemöglichkeiten der Kommunen im Rahmen der für ALG II zuständigen Arbeitsgemeinschaften zu stärken. Das ist gut so und entspricht in vielen Bereichen alten Forderungen der Grünen – es bleibt allerdings die Frage, warum es nicht früher möglich war.

*Hartz IV – Revolutions:*

Die SPD erlebt gerade die organisierte Antwort auf Hartz IV: Die neue Linkspartei.

*Hartz IV – Concretions:*

Diesen Film gibt es in der *Matrix*-Serie zwar nicht. Wer aber in der ersten Folge von *Matrix* eine Desillusionierungspille nimmt, sieht die Welt in ihrer ganzen Hässlichkeit, wie sie wirklich ist. Eine solche Hartz IV-Desillusionierungspille soll hier verabreicht werden. Es geht um die Grundangst, die dahinter steht, wenn Menschen sich gegen Hartz IV wehren - die Angst vor dem sozialen Abstieg, die gerade in den Mit-

telschichten umgeht. Dass diese Abstiegsgänge nicht völlig aus der Luft gegriffen sind, soll ein Beispiel zeigen:

### Das Beispiel

Der oder die Hauptverdienende einer gut situierten Mittelschichtfamilie wird arbeitslos. Die Familie bewohnt ein Reihenhäuschen am Münchner Stadtrand. für ca. 1.400 Euro Miete im Monat. Nach den bis Ende 2004 gültigen Regelungen hätte der Mann bis zu knapp drei Jahren Arbeitslosengeld erhalten – und dann unbegrenzt Arbeitslosenhilfe mit evtl. zuzahlender Sozialhilfe. Die Familie hätte also – mit Einschränkungen – drei Jahre Zeit zu reagieren und evtl. eine billigere Wohnung zu suchen, bzw. sich zu überlegen, wie die Wohnung auch in schlechten Zeiten gehalten werden könnte.

Dies hat sich mit Einführung von Hartz IV grundlegend geändert. Das Arbeitslosengeld I wird von der Bundesagentur für Arbeit nur noch für ein Jahr gezahlt. Danach gilt der Mann – so er nicht über 55 Jahre alt ist – als Langzeitarbeitsloser und er erhält nur noch Arbeitslosengeld II – welches sich bekanntlich auf Höhe des bisherigen Sozialhilfeniveaus befindet – 345,— Euro für den Haushaltsvorstand. Ab diesem Augenblick sind auch die Geldreserven der Familie – bis auf Altersvorsorgeversicherungen – einzusetzen. Die Familie hat also nur noch ein Jahr Zeit, auf die Arbeitslosigkeit zu reagieren.

Ein Jahr ist da nicht viel: Zunächst wird sich jeder wieder um Arbeit bemühen, sich da und dort einschränken, aber niemand wird sofort eine neue und günstigere Wohnung suchen – denn daran hängen ja die kurzen Wege zu den Schulen und Kindergärten die gewachsene Nachbarschaft etc.

Wer jetzt aber nach einem Jahr in ALG II fällt, erhält einen drastischen Brief. In unserem Beispiel: Die durch ALG II abgedeckte Mietobergrenze liegt bei ca. 830,— Euro im Monat, sie kann um max. 10% überschritten werden. Innerhalb von sechs Monaten ist der Umzug in eine billigere Wohnung fällig – wenigstens aber der Nachweis, sich um

eine solche Wohnung bemüht zu haben. Andernfalls wird die Miethilfe auf 830,— Euro plus 10% gekürzt. Die Familie aus unserem Beispiel erhält also nicht mehr 1400,— Euro für die Miete, sondern nur noch (830,— Euro plus 83,— Euro) 913 Euro. Die Kosten bis 1400,— Euro (487,— Euro) müsste die Familie über die laufend gewährten Hilfen zum Lebensunterhalt bestreiten – mit anderen Worten die Familie rutscht unter die gesetzlich definierte Armutsgrenze.

### Die Debatte

Der Sozialausschuss hat sich im Juni ausführlich mit diesem Thema befasst. Dabei wurde deutlich:

■ Das Sozialreferat hat wenig Interesse daran, Menschen aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Billige Wohnungen sind in München selten. Außerdem muss das Sozialreferat die Umzugskosten tragen.

■ Der Kreis der Betroffenen ist ein anderer als vorher. Schon bisher galten in der Sozialhilfe die Mietobergrenzen, die jetzt auch für ALG II gelten. Wer viele Jahre von Sozialhilfe abhängig ist, hat sich in dieser Zeit in der Regel eine billigere Wohnung gesucht oder hat nie eine andere bewohnt. Die jetzt – vermutlich – Betroffenen hatten aber ein deutlich höheres Einkommen und stürzen jetzt in erhöhter Geschwindigkeit in ALG II. Dies bedeutet, dass



Siegfried Benker, Vorsitzender der Stadtratsfraktion Die Grünen-rosa liste.

das Sozialreferat ein deutlich höheres Interesse haben müsste, diese Personen in billigeren Wohnraum zu bringen, vor allem deshalb, weil die Stadt im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) mit der Bundesagentur für Arbeit vorwiegend für die Kosten der Unterkunft zuständig ist.

■ In Zeiten der Sozialhilfe hat das Sozialreferat in keinem einzigen Fall die Mietbeihilfe gekürzt, um jemanden zum Auszug zu zwingen. Das Sozialreferat bestätigt allerdings, dass sich das ändern könnte: Zwischen 2.000 und 4.000 (genaue Zahlen gibt es leider nicht) Münchner Haushalte könnten betrof-

fen sein und eine Aufforderung zum Umzug erhalten.

■ Abseits sozialer Erwägungen ist Obdachlosigkeit die teuerste Form der Unterbringung (Pensionen, Notquartiere etc.) und müsste ebenfalls vom Sozialreferat bezahlt werden. Dies könnte geschehen - wenn etwa die Familie aus unserem Beispiel beschließen würde, die gekürzten Mittel dadurch wieder einzusparen, dass sie die Miete gar nicht mehr oder nur zum Teil überweist. Die Folge wäre eine Räumungsklage - und die Kommune müsste, die obdachlose Familie unterbringen.

■ Immerhin hat Sozialreferent Graffe Anweisung gegeben, ihm alle Fälle vorzulegen, in denen eine Kürzung der Mietkosten nicht nur als Möglichkeit im Raum steht, sondern konkret umgesetzt werden soll.

Fazit: Hartz IV birgt ein beträchtliches Verarmungspotential. Rot-Grün in München bemüht sich intensiv darum, die Schiene *Fördern* in Hartz IV zu stärken und die Schiene *Fordern* nicht zu einer Rutschbahn nach unten werden zu lassen.

*Siegfried Benker*

## DIE RETTUNG DES 2. ARBEITSMARKTES

### *Hartz IV erfordert kostspielige Korrekturen*

**Vor allem Langzeitarbeitslose sollen von Hartz IV profitieren - auch in München mit seiner relativ geringen Arbeitslosenrate von ca. 7% eine schwierige Aufgabe.**

Die Landeshauptstadt München investiert daher schon seit langem in den Zweiten Arbeitsmarkt, der die Chancen besonders schwer Vermittelbarer durch passgenaue Hilfen erhöhen soll. Über 50 Beschäftigungsprojekte unterstützen z.B. Jugendliche ohne Schulabschluss, Migranten, ältere Menschen oder Suchtkranke mit zum Teil beträchtlichen Erfolg: Die Vermittlungsquote lag bei ca. 50 %.

Mit Hartz IV haben sich die finanziellen Grundlagen dieser Förderung geändert. Die Bundesregierung verfolgt zwar das Ziel, mehr Arbeitsgelegenheiten zu schaffen - doch die Zuschüsse für die Projekte des 2. Arbeitsmarktes sind begrenzt.

Die von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandsentschädigung =MAW bzw. Ein-Euro-Jobs) bieten den Trägern der Projekte neben einem Stundensatz von 1,25 Euro bei höchstens 30 Wochenstunden und den erforderlichen Fahrtkosten maximal 200 Euro monatlich an Mantelkosten für das Anleitungspersonal sowie die nötigen Raum- und Sachkosten. Doch gerade bei den Projekten des Zweiten Arbeitsmarktes sind die tatsächlichen Kosten der Träger weit höher als 500 Euro monatlich, denn sie

beinhalten eine besondere Förderung der Arbeitslosen. Einrichtungen mit besonders benachteiligtem Klientel, z.B. psychisch oder körperlich Beeinträchtigten, können ihre Eingliederungsleistungen kaum mehr finanzieren.

SPD und Grüne sind jedoch übereingekommen, die Differenz trotz städtischer Finanzknappheit auch in Zukunft über kommunale Mittel zu erbringen.

Das Jahr 2005 wird zur konzeptionellen Neubestimmung und zielgerichteten Anpassung bestehender Projekte und Maßnahmen genutzt. Hierfür stehen aus der Stadtkasse 36,14 Millionen Euro für 91 Projekte, Maßnahmen und Kurse zur Verfügung. Wenn möglich, erfolgt eine Umstellung - auch in Teilen - auf die Finanzierung durch Bundesmittel und Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF).

2006 wird das Programm „Zweiter Arbeitsmarkt“ die Arbeit der ARGE ergänzen und ca. 1000 Beschäftigungsmöglichkeiten und ca. 200 feste Stellen sichern.

Das neue Sozialgesetzbuch II (SGB II) stellt eine Reihe von Eingliederungsmaßnahmen als Kann-Leistung zur Verfügung, wie Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen, Mobilitätshilfen, Einstellungszuschüsse und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Besondere Einstellungshindernisse, beispielsweise durch Kinderversorgung, Schulden oder Sucht können durch weitere Hilfen aus dem Weg geräumt werden.

Die ARGE muss das notwendige An-

gebot vorhalten und Arbeitslose unterstützen, die vorhandenen Stärken zu fördern und ihnen die notwendigen Hilfen zu Teil werden zu lassen. Besonders für Arbeitslose, deren Qualifikation nicht für den Arbeitsmarkt ausreicht oder bei denen es Vermittlungshemmnisse gibt, sollen neben der Arbeitsgelegenheit weitere Unterstützungsmaßnahmen geboten werden.

Die Projekte sollen vor allem für junge Menschen unter 25 Jahren, allein erziehende Frauen, Ältere über 58 Jahren und Behinderte die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Dafür wird die Stadt über 25,5 Millionen Euro ausgeben müssen - aber sozialer Friede und gesellschaftliche Teilhabe kommen eben nicht von selbst.



*Lydia Dietrich, Vorsitzende der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste.*

# ZU WENIG FÜR GRÜNE ANSPRÜCHE

## 7 Jahre rot-grüne Verkehrspolitik

**Will man aus Rot-Grünen Bündnissen Positives oder Augenfälliges dokumentieren, so stechen meist die grünen Projekte hervor. Nicht so in der Verkehrspolitik.**

Ein Urteil aus einer grünen Münchner Brille könnte lauten: Kein Autobahnsüdring, Transrapid noch in der Schwebe, mehr LKWs durch die Maut, sonst Fehlanzeige - also nichts erreicht und nichts verloren. Einige Details sind dennoch zumindest erwähnenswert.

### Autobahnsüdring

Am auffälligsten ist sicherlich, dass die Aufnahme des Autobahnsüdrings in den Bundesverkehrswegeplan verhindert werden konnte. Prominente Vertreter von SPD und CSU aus München und dem Umland hatten noch die Aufnahme und schnelle Realisierung gefordert und sich davon die Lösung aller Münchner Verkehrsprobleme erhofft. Doch die Bundesregierung hat dem ökologisch inakzeptablen und finanziell untragbaren Straßenprojekt einen klaren Riegel vorgeschoben.

### Transrapid und Bahnpolitik

Etwas anders fällt die Bilanz beim Transrapid aus. Seit Beginn der rot-grünen Bundesregierung herrscht bei diesem Thema ein Patt, was leider zur Folge hatte, daß dieses Unsinnprojekt noch immer in den Köpfen der CSU herumschwebt – und nicht nur der CSU. Während sich die Münchner SPD dank eines vor der Kommunalwahl 2002 gestarteten grünen Bürgerbegehrens inzwischen klar gegen den Transrapid ausspricht, lavieren die bayerische und die Bundes-SPD weiter herum: Maget mal dafür, mal dagegen, Stolpe und sein strukturkonservativer Vorgesetzter als klare Befürworter des Projekts. Wenn mal wieder ein namhafter Sozialdemokrat nach China reisen und dort ein bisschen magnetschweben durfte, herrschte Alarmstimmung bei den Haushaltspolitikern der Koalition - denn dann wurde die Begierde, den Gästen zu Hause in Deutschland auch

bald so etwas vorführen zu können, fast unbezwingbar. Entsprechend locker saß das Geld in der Tasche. Nur dank Grüner Interventionen konnten die Mittelzusagen aus dem Bundeshaushalt stetig verknappt und die Hürden immer höher gelegt werden. Ein klares Plus grüner Verkehrspolitik im Bund. Von der Bahnpolitik haben wir in München nicht viel mitbekommen. Zu sehr muss Mehdorn mit dem Schweben beschäftigt gewesen sein. Statt des finanziell und verkehrlich besseren Bahnsüdrings setzte die Bahn auf die teure 2. Innenstadt-Stammstrecke, die jetzt in die Planfeststellung geht. Was dagegen alles fehlt: der 4-gleisige Ausbau der Bahnstrecke München-Augsburg, der Ausbau der Strecke München-Mühldorf-Salzburg und die Elektrifizierung der Strecke München-Lindau. Auf eines können wir aber stolz sein: Das Münchner Projekt Call-a-Bike ist als Bahntochter erfolgreich nach Berlin, Frankfurt und Köln exportiert worden – vielleicht haben die grünen Verkehrspolitiker im Bund da ja etwas nachgeholfen.

### „Weg vom Öl“

Die Strategie „Weg vom Öl“ hat sich auch in der Verkehrspolitik der Grünen im Bund niedergeschlagen. Eine neue Energiepolitik zeichnet sich ab: Dank der Ökosteuer sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen kontinuierlich gesunken, nebenbei konnten die Lohnnebenkosten um 1,7 Prozentpunkte gesenkt werden. Die Befreiung der Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer wird auch in München zu einem Umdenken führen. Demnächst soll ein Netz von Pflanzenöltankstellen eingerichtet werden. Hoffentlich ist diese Entwicklung nicht zu spät gestartet worden.

Der Nationale Radverkehrsplan, der 2002 beschlossen wurde, hat Großstädte offensichtlich nicht im Visier. Zumindest konnten wir bisher keinen Ansatzpunkt finden, wie wir dieses Werk für die Radverkehrspolitik in der Stadt nutzen können. Vielleicht finden sich gute Anschlüsse ins Umland.

In der dieses Jahr heftig geführten Debatte um den Feinstaub wurden gera-

de von Grüner Seite wichtige Vorstöße unternommen, die letztendlich teilweise zum Erfolg führten: Die für die Münchner Umweltzone unerlässliche Kennzeichnungsverordnung wurde vom Kabinett verabschiedet und der Bund hat eine Förderung des für Städte so wichtigen Dieselfilters beschlossen. Beide Vorhaben werden wohl in dieser Periode Dank des schwarzen Bundesrates nicht mehr das Licht der Welt erblicken.

Natürlich gibt es auch die vielen kleinen Dinge in der Verkehrspolitik: etwa die jüngst vom Parlament beschlossene Förderung des Abstellens von Car-Sharing-Autos auf öffentlichen Parkplätzen, die Förderung „innovativer Mobilitätskonzepte“ oder das Voranbringen „grüner Automobilität“ mit Hybridautos und der Entwicklung umweltfreundlicher Antriebstechniken.

Unter dem Strich bleibt aber, trotz der sehr engagierten Arbeit unserer bayerischen grünen Bundestagsabgeordneten Ali Schmidt (Verkehr) und Hans-Josef-Fell (Forschung und Energie) die Erkenntnis, die wir auch schon in der Stadtpolitik in München erlernen mussten: bisweilen kommt man sich als grüner Verkehrspolitiker wie ein Oppositionspolitiker vor. Die SPD, geführt vom Autokanzler, will keine neue Mobilitätspolitik. Die wenigen Erfolge wurden mühselig erkämpft, aus Münchner Sicht ist kaum Sichtbares herausgesprungen.



Jens Mühlhaus, Stadtrat.

# GANZTAGSSCHULEN FÜR BESSERE BILDUNG

## Das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“

**Mit der Förderung von Ganztagschulen reagiert die Bundesregierung auf die Unfähigkeit der Länder, aus PISA zu lernen und auch strukturelle Veränderungen im Schulbereich anzugehen.**

Das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB)“ stellt den Ländern bis 2008 vier Milliarden € für den Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung.

Man kann viele Lehren aus den PISA-Ergebnissen ziehen – z.B. weniger Auslese, individuelle Förderung statt Fordern, projektorientierter und fächerübergreifender Unterricht und vieles mehr. Doch dies alles ist nur machbar mit mehr Zeit! Wie sollen Projekte im 45-Minuten-Takt des deutschen und vor allem bayerischen Schulsystems organisiert werden? Wie sollen Lehrer individuell auf ihre Schüler eingehen, wenn sie ihren umfangreichen Stoff in den kurzen Sequenzen am Vormittag durchbringen müssen?

Ein anderer Unterricht ist nur möglich, wenn mehr Zeit da ist – für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Lehrer. Diese Erkenntnis hat sich in den meisten Ländern Europas, aber auch weltweit, schon lange durchgesetzt. Vor allem die guten PISA-Länder haben Ganztagschulen. Neben dem Mehr an Zeit leisten Ganztagschulen auch die bessere Verzahnung von Unterricht und außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten. Ganztagschulen helfen schließlich den Eltern dabei, Familie und Beruf zu vereinbaren und entsprechen damit besser den heutigen Bedürfnissen vieler Eltern.

### Keine Selbstkritik nach Pisa

Nach PISA einigte sich die Kultusministerkonferenz zwar auf gemeinsame Bildungsstandards, aber die Länder stritten weiter über das bessere Bildungskonzept. Bayern, als deutscher „PISA Sieger“ ließ keine Kritik an sich heran und hielt an seinem Auslesesystem fest.

Doch die Bundesregierung reagierte und mischte sich trotz scharfer Proteste aus den Ländern in die Schulpolitik

ein. Am 12. Mai 2003 wurde gemeinsam von Bund und Ländern die Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unterzeichnet. Der Bund stellt den Ländern bis zum Jahr 2008 insgesamt 4 Mrd. € für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung. Gefördert werden nur Infrastrukturmaßnahmen, keine Personalkosten.

### 80% pro Ganztagschulen

Nach einer Umfrage von Forsa sprechen sich fast 80% von über 1.000 repräsentativ befragten Bundesbürgern für die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen aus. Kaum zu glauben, wenn man die Diskussion der letzten Jahre in Bayern verfolgt, wo Ganztagschulen bis vor einigen Jahren von der CSU noch verteufelt wurden, widersprachen sie doch dem traditionellen christlich-sozialen Familienbild. Doch das hat sich inzwischen Gott sei Dank geändert. Auch die CSU kann sich der veränderten gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr entziehen. Der Geldsegen aus Berlin wurde auch in Bayern angenommen.

Doch anstatt das Geld in den Ausbau vollwertiger Ganztagschulen zu stecken, verwässerte das bayerische Kultusministerium in seiner Auslegung und Festlegung der Förderkriterien (die den Ländern überlassen war) die Intention des Gesetzes. Gefördert werden in Bayern nun auch Ganztagesangebote in Horten, Tagesheimen, Mittagsbetreuungen an Schulen etc.

Für München ist das grundsätzlich kein Problem. Der Freistaat fördert bisher mit seinem eigenen Investitionsförderprogramm für München nur 7 Ganztagsgruppen pro Jahr. Jetzt können zusätzlich viele Maßnahmen über IZBB-Mittel realisiert werden.

Doch mit der überfallartigen Einführung des G8 landete das bayerische Kultusministerium einen besonderen Coup! Die Räumlichkeiten für die durch längere Schulzeiten fällige Mittagsverpflegung und –betreuung werden aus IZBB-Mitteln finanziert. Im Klartext: Der Freistaat entzieht sich seiner Verantwortung nach dem Konnexitätsprinzip

(Wer anschafft, zahlt!) und kommt nicht für die zusätzlichen Kosten der Kommunen für den Ausbau der Mensen und Essräume auf.

### G8 verschlingt IZBB-Mittel

Er lässt sich 90 % der Kosten aus den IZBB-Mitteln des Bundes finanzieren, nur die restlichen 10 %, die die Kommunen sonst selber zahlen müssten, will er drauflegen. Jedoch ist das Berechnungsprinzip ziemlich dubios. Er zahlt nur eine Pauschale pro Quadratmeter Baufläche und ob die ausreichen wird, die notwendigen Ausbauten zu tätigen, ist zu bezweifeln. Zur Zeit werden die Bescheide abgewartet. Stadt und Freistaat streiten über die Notwendigkeit aller Maßnahmen, über die Ausführungsstandards und vieles mehr. Auch wenn dabei doch eine erhebliche Verbesserung für die Gymnasien herauskommen wird: das Geld, das für die Gymnasien beantragt wurde, kann für andere Schulen nicht verwendet werden und diese bräuchten einen Ausbau der Ganztagschulen eigentlich nötiger. Aber das war ja in Bayern immer schon so, das meiste Geld wird ins Gymnasium gesteckt, das wenigste in die Hauptschulen. Das Ergebnis kann man bei PISA 2003 ablesen: Der Abstand zwischen den Gymnasiasten und den Hauptschülern hat sich vergrößert. Kinder, die das Gymnasium besuchen, sind im Vergleich zu PISA 2000 besser geworden. Hauptschüler stagnieren.



Sabine Krieger, Stadträtin

# MIGRATIONSPOLITIK: ANPASSUNG AN DIE REALITÄTEN

**16 Jahre Kohl, das hieß 16 Jahre Verdrängen und Kopf in den Sand stecken sobald die Sprache auf die Themen Migration und Zuwanderung kam. „Nein, Deutschland ist kein Zuwanderungsland“ - das war das Credo der Regierung Kohl.**

Wenn politisches Handeln und gesellschaftliche Realität jedoch derart auseinander klaffen, entstehen Spannungen, die unabsehbare Folgen haben können - sowohl innerhalb der MigrantInnen als auch in der deutschen Gesellschaft.

Ziel einer Rot-Grünen Regierung musste daher sein, gesellschaftliche Realität und politisches Handeln wieder in Einklang zu bringen. Konsequenterweise wurde die jahrzehntelange Ignoranz bereits nach kurzer Regierungszeit durchbrochen. Die Neuordnung des Staatsangehörigkeitsrechts und die Schaffung einer modernen Regelung der Zuwanderung wurden mit hoher Priorität auf die politische Agenda gesetzt.

Bereits am 1. Januar 2000 trat ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft. Das immer noch dominierende Abstammungsprinzip („ius sanguinis“) wurde durch Elemente des Territorialprinzips („ius solis“) ergänzt. Kinder, die ab 1. Januar 2000 in Deutschland geboren wurden, erhielten nun automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, unter der Voraussetzung, dass ein Elternteil mindestens 8 Jahre in Deutschland lebt und seit drei Jahren im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis ist. Daraufhin erwarben allein im Jahr 2000 186.688 Einwanderer die deutsche Staatsbürgerschaft - davon auf Grund des Geburtsrechtes 41.257 Kinder. Bis Ende 2003 wuchs die Zahl der Eingebürgerten auf 660.000, allein in München waren es 16.360. Ein wichtiger Schritt war getan.

So rasch das Staatsbürgerschaftsrecht modernisiert werden konnte, so langwierig und zäh gestalteten sich die Verhandlungen über ein Zuwanderungsgesetz. Mit Schlachtrufen wie „Kinder statt Inder“ stürzten sich die Granden von CDU/CSU und FDP auf alle rot-grünen Gesetzesvorhaben zur Zuwan-

derung und nutzten ihre Bundesratsmehrheit für eine beispiellose Blockadepolitik.

## „Topflappen statt Teppich“

Als das neue Zuwanderungsgesetz dann am 01.01.2005 endlich in Kraft trat, hatten viele Erwartungen zurückgeschraubt werden müssen. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung bemerkte: „Statt eines Teppichs ist ein Topflappen herausgekommen. Doch was hilft ein großer Teppich, wenn die Gesellschaft nicht bereit ist, ihn auszurollen?“

Trotz mancher Mängel bleibt dem Gesetz der Verdienst, einen Perspektivenwechsel eingeleitet zu haben. Zuwanderung wird nun erstmals als Realität wahrgenommen, Perspektiven und Planungssicherheit für alle Beteiligten werden geschaffen. Die Gesetze zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes in Deutschland beinhalten als wichtiges Ziel endlich die Integration von MigrantInnen.

Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Die nun gesetzlich festgeschriebene Integration von ZuwanderInnen darf nicht auf das Erlernen der deutschen Sprache reduziert werden. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat dazu ausgeführt: „Ziel einer vorausschauenden Integrationspolitik muss die gleichberechtigte Teilhabe von MigrantInnen am gesellschaftlichen Leben sein. Dies bedeutet, dass individuelle Ressourcen anerkannt und gefördert werden müssen. Insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in unserem Land ist die Investition in die Bildung und eine fortlaufende Entwicklung von sprachlicher, sozialer und professioneller Kompetenz jedes Einzelnen eine Investition in unser aller Zukunft.“

Diese Zielsetzung ist zwar anerkannt, übersieht aber, dass die Situation der ZuwanderInnen in hohem Maße von Planungssicherheit abhängt. Wer jederzeit mit der Abschiebung rech-

nen muss, wird massiv daran gehindert, sich in die Gesellschaft einzugliedern. Das oben genannte Integrationsziel setzt daher für die betroffenen ZuwanderInnen einen gefestigten Aufenthaltsstatus voraus. In München etwa hatten im Jahre 2005 77,9% der Münchner MigrantInnen einen solchen Status, 22,1% konnten nicht mit einer derartigen Sicherheit leben. Unter ihnen muss insbesondere der Anteil derjenigen hervorgehoben werden, die diese Unsicherheit bereits seit vielen Jahren, teilweise seit Jahrzehnten ertragen und sich von Duldung zu Duldung hangeln. Die Behandlung dieser Menschen bedarf auch im Lichte des Zuwanderungsgesetzes einer dringenden Überprüfung und besonders die hier angesprochenen „Altfälle“ müssen im Sinne einer positiven Lösung für die Betroffenen schnell abgearbeitet werden.

## Integration ist keine Einbahnstraße

Die wohlfeile und auf Podien wie an Stammtischen anzutreffende Forderung nach Integration der ZuwanderInnen mag zwar bei oberflächlicher Betrachtungsweise den üblichen Charme des Einfachen versprühen, greift aber in gefährlicher Weise zu kurz. Durch die Jahrzehnte währende Leugnung der Tatsache, dass Deutschland längst zu einem Einwanderungsland geworden ist, haben sich schwer zu überbrückende Spannungsfelder aufgebaut. Men-



Sedef Özakin, Stadträtin



schen, denen über fast zwei Generationen jegliche Planungssicherheit verweigert wurde, sollen sich nun quasi über Nacht zur totalen Integration bekehren. Die gleichen Menschen, die voller Pläne und Träume in dieses Land kamen, um dann festzustellen, dass eigentlich keiner so recht etwas mit ihnen anzufangen weiß, sollen nun also bitte schnell zu Mustermitbürgern werden.

So wird es aber nicht funktionieren. Integration in Deutschland darf nicht mehr als eine Leistung des Einzelnen verstanden werden sondern - nicht zuletzt aufgrund der sträflichen Versäumnisse der Vergangenheit - als ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Die Lösung kann nur ein Aufeinanderzu-

gehen sein, keine Seite kann es sich erlauben einfach abzuwarten. Man kann daher nicht einseitig über die Integrationswilligkeit der ZuwanderInnen reden, ohne zugleich die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft einzufordern.

Was die Bundesgesetzgebung nicht leisten kann, ist die konkrete Umsetzung der oben beschriebenen Forderungen zur Integration vor Ort: hier sind die Kommunen gefragt. Aufgrund der erfolgreichen Arbeit von Rot-Grün in München und insbesondere aufgrund der hohen Priorität, die dieses Thema innerhalb der grünen Stadtratsfraktion hat, können wir zumindest mit Zufriedenheit auf die Integrationspolitik in München zurückblicken und uns mit einem reichhaltigen Erfahrungsschatz

den anstehenden Aufgaben zuwenden. Dunkle Schatten wirft jedoch die anstehende Bundestagswahl über die Integrationspolitik in Deutschland. Jedem wird klar sein, welche Konsequenzen sich aus einem Regierungswechsel in Berlin für die Zuwanderungspolitik ergeben. Statt einer Politik des Handelns wird wieder Ignoranz herrschen.

In dieser Situation bleibt daher nur, sich der Anstrengungen der Vergangenheit zu erinnern und dafür zu kämpfen, dass die erfolgreiche (Rot)-Grüne Zuwanderungspolitik fortgeführt werden kann. Ohne Grüne Regierungsbeteiligung droht ein Rückfall in die migrationspolitisch bleierne Zeit der achtziger und neunziger Jahre.

## MÜNCHEN BRAUCHT DIE GEWERBESTEUER

**Schon die erste Grüne Mamba nach der Bundestagswahl 1998 beklagte die „katastrophale Lage der kommunalen Finanzen“ und das Aufbürden immer neuer Aufgaben auf die Kommunen, zu deren Erfüllung dann nicht die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt würden.**

Angesichts einer Verschuldung der Stadt von über 4 Milliarden € sowie einer Netto-Neuerschuldung von mehr als 350 Millionen € ist eine Gemeindefinanzreform heute dringender denn je. Trotzdem darf nicht verkannt werden, dass die rot-grüne Parlamentsmehrheit in Berlin kleine Verbesserungen erreichen konnte. So unterliegen Gewinne von Unternehmen jetzt einer Mindestbesteuerung und sind nicht mehr uneingeschränkt mit Verlusten irgendwelcher Töchter irgendwo auf der Welt zu verrechnen. Aus diesem Grund fließt die Gewerbesteuer in München wieder verlässlicher als in den Vorjahren. Weitere – aus kommunaler Sicht dringend erforderliche - Vorschläge von Seiten der rot-grünen Bundestagsmehrheit zur Schließung intensiv genutzter Steuer-schlupflöcher sind an der Bundesratsmehrheit gescheitert.

Um immerhin 5 Mrd jährlich will die Bundesregierung die Kommunen durch Hartz IV und die Reform der Gewerbesteuer besser stellen - garantiert durch eine „Spitzabrechnung“ im kommenden

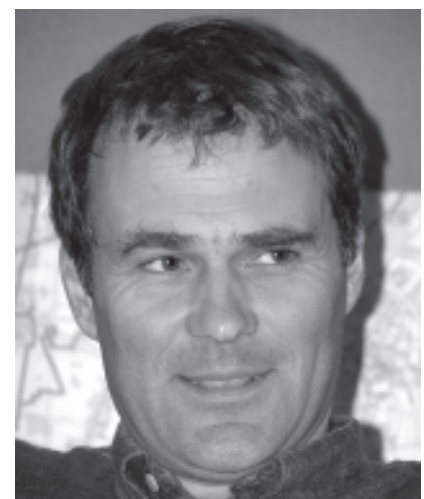
Oktober. Man wird sehen, ob dieses Versprechen die Bundestagswahlen übersteht. München wird als Region mit vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit und hohen Mieten durch die Verteilungsregeln nicht begünstigt. Die Stadt erwartet bestenfalls ein Nullsummenspiel durch die Reformen.

Der Ausbau der Gewerbesteuer zu einer kommunalen, wirtschaftskraftbezogenen Steuer mit eigenem Hebesatzrecht wird in dieser Klarheit derzeit nur von den Grünen auf Bundesebene gefordert. Die grüne Forderung nach einer Beteiligung aller wirtschaftlich Tätigen vor Ort an den kommunalen Aufgaben ist gerecht und finanzpolitisch richtig, wenn sie sich an dem Grundstaz „Niedrige Steuersätze, breite Bemessungsgrundlage“ orientiert.

Der Kampf der FDP, die Selbständigen davor zu bewahren, ist reinste Klientelpolitik. Die von der FDP sowie von großen, einflussreichen Kreisen der Union geforderte Abschaffung der Gewerbesteuer hätte fatale Auswirkungen für München und die anderen deutschen Städte. Alternativen wie die Beteiligung der Kommunen an der Einkommenssteuer mit eigenem Hebesatzrecht würden die Wirtschaft weiter zu Lasten der Arbeitnehmer entlasten und Kernstädte wie München müssten befürchten, die „Besserverdienenden“ an das Umland zu verlieren. Denn die Kernstädte übernehmen Aufgaben,

von denen das Umland massiv profitiert ohne sich an den Kosten zu beteiligen. Dementsprechend müßte man in München vergleichsweise mehr Einkommenssteuer bezahlen als im Speckgürtel. Welche Auswirkungen dies dauerhaft auf die Bevölkerungsstruktur einer Großstadt hätte, lässt sich leicht ausmalen.

Sinnvoll wäre es auch, den Kommunen ein Anhörungsrecht auf Bundesebene einzuräumen und das Konnexitätsprinzip auch dort zu verankern. So lassen sich Gesetzesvorhaben realitätstauglicher gestalten und weitere Kostenbelastungen der Kommunen ohne Ausgleich vermeiden.



*Boris Schwartz, Stadtrat*

## Frauenpolitik

Ein wesentlicher und entscheidender Erfolg grüner Frauenpolitik war das Gewaltschutzgesetz. Demnach wird häusliche Gewalt gegen Frauen, LebenspartnerInnen und Kinder konsequent verfolgt. Bislang mussten die geprügelte Frau und ihre Kinder zu ihrem eigenen Schutz die gemeinsame Wohnung verlassen. Dies wurde geändert: Nun muss der Täter gehen, das Opfer kann bleiben. Das gilt natürlich genauso für die seltenen Fälle, in denen die Gewalt von einer Täterin ausgeht. Das Gesetz gilt auch für nicht eheliche Haushaltsgemeinschaften.

Das zuständige Familiengericht kann den Opfern von häuslicher Gewalt unbürokratisch ihre Wohnung zuweisen und zugleich mit Schutzanordnungen den gewalttätigen Mann von ihnen fern halten. Setzt sich der Täter über Schutzanordnungen wie Kontakt-, Belästigungs- oder Näherungsverbote hinweg, macht er sich strafbar.

Allerdings ist das Gesetz bei betroffenen Frauen noch zu wenig bekannt. So spricht die Münchner Frauenhilfe, Trägerin eines Frauenhauses mit 45 Plätzen, zwar von positiven Auswirkungen des Gesetzes durch das Kontakt- bzw. Annäherungsverbot. In 30 der Frauenhilfe bekannt gewordenen Fällen verfügte die Polizei einen Platzverweis gegen misshandelnde Männer. Andererseits wollten die Bewohnerinnen des Frauenhauses die Möglichkeit, in der ehelichen Wohnung zu verbleiben, „nur im Einzelfall nutzen“, weil damit eine Bedrohungssituation assoziiert werde.

*Lydia Dietrich*

## Lesben und Schwulenpolitik

Die grüne Politik zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen war in den letzten Jahren sehr erfolgreich, auch wenn sie durch die Zaghaftheit der SPD leider gebremst wurde. Gerade das Lebenspartnerschaftsgesetz hat einen hohen gesellschaftspolitischen Wert, denn die Öffnung der Ehe auch für homosexuelle Paare war in Deutschland eine kleine Revolution.

Bedauerlicherweise war die grüne Vorstellung einer kompletten Gleichstellung inklusive Adoptionsrecht mit der SPD nicht durchzusetzen.

Auch das Antidiskriminierungsgesetz trägt die grüne Handschrift und ist ein weiterer Meilenstein zur gesellschaftlichen Akzeptanz von homosexuellen Menschen. Für Lesben und Schwule ist gerade der Bereich des Zivilrechts, wo das ADG in der jetzigen Form über die EU-Richtlinie hinausgeht von wesentlicher Bedeutung, denn gerade im zivilrechtlichen Bereich gibt es massive Diskriminierungen.

Dieses Gesetz wird allerdings vorerst nicht, bzw. nur in der EU-Fassung umgesetzt werden, da die Union die weitergehende Fassung ablehnt. Im Klartext heißt das: Menschen dürfen aufgrund ihrer Rasse und ethnischen Herkunft nicht diskriminiert werden, aufgrund von religiösem Hintergrund, sexueller Identität oder Behinderung darf weiter diskriminiert werden.

*Lydia Dietrich*

## Gesundheitspolitik

Mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz wurden einige neue Regelungen eingeführt, um vor allem die Kassenbeiträge stabil zu halten. Die Praxisgebühr von 10 € pro Quartal hat in der Tat dazu geführt, dass weniger Patientinnen und Patienten Arztbesuche unternahmen, ein gewünschter Effekt, um das sogenannte Arzt-Hopping zu unterbinden.

Andererseits hat die Praxisgebühr aber auch dazu geführt, dass Menschen mit geringem Einkommen Arztbesuche auch dann meiden, wenn sie erforderlich wären. Das betrifft oft Alleinerziehende, ältere Menschen und Menschen mit psychischen Erkrankungen. Vor allem Fachärzte werden weniger aufgesucht als vor Einführung der Praxisgebühr. So beklagten z.B. die Münchner Hautärzte im 3. Quartal 2004 einen Rückgang der Patientenzahlen um 14,7% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, die oberbayerischen Zahnärzte verzeichneten im 1. Quartal 2005 18% weniger Patienten als im gleichen Zeitraum 2003.

Darüber hinaus will die Bundesregierung mit dem Vorrang der Hausärzte bei der ambulanten Versorgung die Haus-

ärzte als ersten Ansprechpartner für Patientinnen und Patienten stärken. Sucht ein Patient immer zuerst den Hausarzt auf, wird die Praxisgebühr nur einmal im Jahr fällig. Bei dieser Regelung wurde aber beispielsweise die psychisch Kranken übersehen, da sie sich meist in der Behandlung von Fachärzten befinden und der Weg über den Hausarzt eine zusätzliche Erschwernis darstellt.

Zu Recht hat die Bundesregierung ihren Fokus in der Gesundheitspolitik auf Prävention gesetzt und dazu ein Programm erarbeitet. Leider wird dieses Gesetz von der Opposition blockiert und es ist fraglich, ob es noch verabschiedet wird.

*Lydia Dietrich*

## Abfallwirtschaft

Die Müllgebühren in München liegen heute 3,8 % über dem Niveau von 1993 - sie sind also auch in den sieben Jahren Rot-Grün in Berlin stabil geblieben. Gefördert wird diese Stabilität unter anderem durch die Neufassung der „TASI“ (technische Anleitung Siedlungsabfall), laut der seit dem 1. Juni 2005 keine unbehandelten Abfälle mehr deponiert werden dürfen. Während dies trotz der langen Vorlaufzeit (auch diese Reform stammt ursprünglich noch aus Zeit des Umweltminister Merkel und Töpfer) etliche Kommunen und Landkreise in Schwierigkeiten bringt, freut München sich über eine bessere Auslastung seines Müll-Heizkraftwerks in Unterföhring. Dort sind einige Landkreise Kunden geworden, die bisher munter weiter deponiert haben.

Auswirkungen des Pfands auf Einweg-Getränkeverpackungen - das abfallpolitisch wichtigste Thema der letzten Jahre - lassen sich übrigens nicht in einer Abnahme der entsprechenden Restmüllmengen im Abfallwirtschaftsbetrieb München nachweisen. Es bleibt dennoch ein Erfolg, dass der energetisch ungünstige Verbrauch von Einwegverpackungen eingedämmt werden konnte - ein Vermächtnis des Münchner Einwegverbots von 1991, das vor Gericht zu Fall gebracht wurde.

*M. Viellvoye*

# KICK ODER KEG?

*Die Jugendhilfe steht ganz oben auf der Sparliste der Union*

**Bundesweit steigen seit einigen Jahren die Kosten für die gesetzliche Kinder- und Jugendhilfe explosionsartig. München hat es durch das Programm „Umbau statt Ausbau“, das auf eine Grüne Initiative zurückzuführen ist, geschafft, seine Steigerungsrate wesentlich einzudämmen.**

Aber um immerhin 5,5 Millionen Euro sind auch in München die Ausgaben für die gesetzliche Kinder-Jugendhilfe (also ohne freiwillige Leistungen wie z.B. Jugendfreizeitstätten oder Schulsozialarbeit) seit 1999 angestiegen, auf jetzt 43,3 Millionen Euro.

Viele Kommunen sind durch die exorbitanten Kosten der gesetzlichen Leistungen inzwischen dazu gezwungen, bei den sogenannten freiwilligen Leistungen - vor allem im präventiven Bereich - ein Angebot nach dem anderen aufzugeben. Die Folge: Mittelfristig noch höhere Ausgaben in der Jugendhilfe. Dieser Problematik haben sich im Bundestag sowohl die Mehrheitsfraktionen als auch die Opposition angenommen, wenn auch - wie ja nicht anders zu erwarten - mit unterschiedlichem Tenor.

## **Kinderreichtum ist ein Armutsrisiko**

Das KICK (Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe von Rot/Grün) reagiert auf die Änderungen, die naturgemäß in den letzten 10 Jahren stattgefunden haben: Durch die Umgestaltung des Sozialstaates hat sich die Lebenslage für viele Kinder, Jugendliche und deren Familien verändert; der Druck in den Familien steigt, Kinderreichtum wird immer mehr zum Armutsrisiko. Die sinkende Zahl der Arbeitsplätze führt dazu, dass auch immer mehr junge Menschen ohne sichere Zukunftsperspektive dastehen und ihnen - vielleicht schon mit 18 Jahren - vermittelt wird, dass sie von dieser Gesellschaft nicht gebraucht werden.

Um diese Entwicklungen abzufedern, ist es notwendig, Hilfen für die Familien zu verstärken und mehr in die Un-

terstützung von Kindern und Jugendlichen zu investieren. Mit KICK soll die Kompetenz der Jugendhilfe weiter verbessert werden. Um dies finanzieren zu können und die Kosten für die Kommunen überschaubar zu gestalten, setzt die Bundesregierung auf Einsparungen durch Verwaltungsvereinfachung, ohne dass die Qualität der Angebote sinken darf. Außerdem will sie gutverdienende Eltern an den Kosten der Jugendhilfe beteiligen. Dies ist zwar ein Bruch mit den bisherigen Gepflogenheiten in der Jugendhilfe, doch ist ja wirklich nicht einzusehen, warum alle Eltern z.B. für einen Hortplatz zahlen müssen, ein Platz in einer Heilpädagogischen Tagesstätte jedoch kostenfrei ist.

Wichtig ist, dass Eltern von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf nicht mehr zur Kasse gebeten werden als andere und die finanzielle Einbeziehung der Eltern sozialverträglich gestaffelt wird.

## **Die Union will Jugendhilfe nach Kassenlage**

Das KEG („Kommunales Entlastungskonzept“ von CDU/CSU) geht viel weiter - es will den Rechtsanspruch auf Jugendhilfe zumindest aufweichen, wenn nicht zur Gänze abschaffen. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz soll nach Vorstellung der Unionsparteien vom Bund in die Verantwortung der Länder übergehen und dort nur noch unter finanziellem Vorbehalt zum Tragen kommen („Finanzkraftklausel“). Das heißt, dass Kommunen, die nur noch über wenig finanziellen Spielraum verfügen - und das sind in Deutschland fast alle - nicht mehr verpflichtet wären, die benötigte Hilfe zu gewähren. Unterstützung in schwierigen Lebenslagen gäbe es nur noch dann, wenn ein örtliches Jugendamt gerade flüssig ist. Das mag für manch einen Kämmerer, der nicht mehr weiß, woher er die Gelder für all die gesetzlichen Leistungen nehmen soll, verführerisch klingen, doch können Einsparungen bei gefährdeten Jugendlichen zu viel höheren Kosten in späteren Jahren führen, ja mittelfristig sogar den sozialen

Frieden in einer Kommune stören. Aber auch in harmloseren Situationen kann es zu nachhaltigen Verstimmungen kommen: Wenn z.B. ein hyperaktives Kind in der Regelgrundschule zu scheitern droht und kein Platz in einer Heilpädagogischen Tagesstätte zu finanzieren ist, dürfte es für die Familie wenig tröstlich sein, dass vielleicht nächstes Jahr wieder etwas Geld in der Jugendamtskasse sein könnte.

Im KEG plant die CDU/CSU noch weitere „Nettigkeiten:

Hilfen im Ausland werden „natürlich“ vollständig gestrichen - „natürlich“ deshalb, weil Rot-Grün diese Diskussion im Münchner Stadtrat bis zum Überdross mit der CSU führt, die nicht akzeptieren will, dass es für manche schwierige Jugendlichen die einzige Chance auf Besserung ist, wenn sie wirklich weit weg von allen Versuchungen betreut werden.

Das KEG will auch die Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche wieder in die Sozialhilfe verlagern und Leistungen für junge Volljährige nur noch auf Ausnahmefälle begrenzen - eine vollständige Aufzählung der sozialen Härte, die im KEG festgeschrieben werden soll, würde den Rahmen sprengen. Die Beispiele zeigen, dass die rot-grüne Bundesregierung für ihre Kinder-Jugendpolitik Unterstützung verdient hat.



Stadträtin Jutta Koller.

# DER SICHTBARE ISLAM IN SENDLING

**Die in Art. 4 Grundgesetz garantierte ungestörte Religionsausübung beinhaltet auch das Recht, entsprechende Gebäude zu errichten. Demnach haben Muslime in Deutschland grundsätzlich auch das Recht Moscheen zu bauen.**

Von diesem grundgesetzlich verbrieften Recht will in Sendling das Türkisch-Islamische Gemeindezentrum zu München D.I.T.I.M. (Dinayet Isleri Türk Islam Merkezi) Gebrauch machen. Bei D.I.T.I.M. handelt es sich um eine Vertretung von D.I.T.I.B. (Dinayet Isleri Türk Islam Birliği/Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) mit Hauptsitz in Köln. Die D.I.T.I.B. wurde als Reaktion auf den wachsenden Einfluss muslimischer Organisationen fundamentalistischer und anti-laizistischer Prägung in Europa 1982 von Dinayet, dem Präsidium für religiöse Angelegenheiten in der Türkei, gegründet. Zur D.I.T.I.B. gehören die Moscheen in Pasing und die Gebetsräume in Allach und in Sendling.

Der Sendlinger Gebetsraum befindet sich seit 1989 in der Schanzenbachstraße 1. An normalen Tagen wird die Moschee in der Schanzenbachstraße von 70 bis 80 Gläubigen und an Freitagen im Rahmen des Mittagsgebets von bis zu 200 Gläubigen aufgesucht. Bei großen Religionsfeiern steigen die Besucherzahlen um ein Vielfaches an. Da die Räumlichkeiten in Sendling inklusive der Gebetsräume nur für ca. 110 Gläu-

bige genehmigt sind, sind sie für islamische Festlichkeiten mittlerweile viel zu klein. Auch heizt sich das Dach der Moschee im Sommer derart auf, dass die Gebete bei offenem Fenster abgehalten werden müssen - was wiederum zu Beschwerden aus der Nachbarschaft geführt hat.

Aus diesen Gründen beantragte D.I.T.I.M. den Ausbau der Räumlichkeiten in der Schanzenbachstraße, damit Schallschutz und Wärmedämmung gewährleistet wäre. Die Baugenehmigung wurde erteilt.

## Parkplätze werden neu geschaffen

Da die Erweiterung der bestehenden Räumlichkeiten letztendlich nur eine unbefriedigende Lösung darstellen würde, hatte sich DITIM bereits im Sommer 2003 mit der Bitte an die Stadt München gewandt, dem Verein ein geeignetes Grundstück in zentraler Lage für den Neubau einer Moschee mit Kulturzentrum zuzuweisen. Das Kommunalreferat hielt das Grundstück ThalKirchner-/Kochelseestraße für den Bau einer Moschee und eines Kulturzentrums für geeignet. Das im Besitz der Stadt München befindliche Grundstück wird derzeit von der Großmarkthalle als Parkplatz genutzt. Im Falle des Baus einer Moschee würde für die wegfallenden Parkplätze ein Ersatz durch ein Parkdeck mit 372 Stellplätzen südlich der Königsdorfer Straße geschaffen.

Das von Anwohnern gegen den Moscheebau oft angeführte Parkplatzproblem am Gotzinger Platz ist höchstens einmal wöchentlich, zum Freitagsgebet, virulent. Das zu bebauende Grundstück hat jedoch eine sehr gute Anbindung an den ÖPNV, zudem ist unter

der Moschee eine Parkgarage geplant. Vergleicht man das Bauvorhaben in Sendling mit der Pasinger Moschee, die vom ÖPNV viel schlechter erschlossen ist, so stellt man fest, dass Parkprobleme in Pasing dennoch nicht bekannt sind.

Mit der Bauanfrage von D.I.T.I.M. am Gotzinger Platz zu Anfang des Jahres rückte die Moschee in das öffentliche Interesse. Obwohl der Verein nun seit 16 Jahren absolut friedlich in Sendling aktiv ist, sich immer um ein offenes Verhältnis zu Bürgern und Behörden bemüht hat und sich loyal gegenüber der deutschen Gesellschaft verhält, wurde die Anfrage zum Moscheebau von der CSU in unverantwortlicher Weise dazu missbraucht, Ängste im Stadtviertel zu schüren und Fremdenfeindlichkeit den Boden zu bereiten.

## Päpstlicher als der Papst: Die CSU

Eine von der CSU initiierte sogenannte „Informationsveranstaltung“ wurde zu einer reinen Protestversammlung umfunktioniert. Während der Veranstaltung bemühten sich die Initiatoren nicht einmal ansatzweise um Respekt und Fairness gegenüber den auf dem Podium sitzenden Vertretern des Moscheebaus. Sie ebneten in der aufgeheizten Stimmung den Weg für die rechtsextreme Szene, begleitet und unterstützt von den Pfiffen der anwesenden NPD.

Dem Christentum ist Toleranz gegenüber Andersdenkenden kein Fremdwort. Ist es nicht der gerade gewählte bayrische Papst Benedikt XVI., der den Dialog mit dem Islam fortführen und Brücken der Freundschaft zu muslimischen Geistlichen bauen will? Sowohl die Repräsentanten der Katholischen wie auch der Evangelischen Kirche in München haben sich für einen Moscheebau in Sendling ausgesprochen.

Wir als Grüne ignorieren nicht die Ängste der Bürger vor dem Islam und der seit dem 11. September 2001 damit einhergehenden Angst vor Fundamentalismus und Terror. Wir stellen jedoch fest, dass von den Muslimen in München die man auf eine Zahl von 110.000 schätzt, der allergrößte Teil friedlich lebt



Florian Roth, Vorsitzender der Münchner Grünen, Mehmet Curuk (DITIM) und Stadträtin Sedef Özakin.

und Gewalt und Terror strikt ablehnt. Einer Kultur ohne Vorurteile und mit Toleranz gegenüberzutreten gelingt jedoch nur, wenn es Gelegenheit gibt, diese Kultur kennenzulernen. Während Fremdes immer bedrohlich wirkt, verliert Bekanntes schnell seinen Schrecken und wird akzeptiert. Um jedoch

beiden Seiten die Möglichkeit zu geben, sich näher kennenzulernen und gegenseitige Vorurteile abzubauen ist es unerlässlich, die praktizierenden Muslime aus ihren Hinterhöfen herauszuholen damit sie sichtbar und in zentraler Lage ihre Religion ausüben. Dieses Zeichen einer von beiden Seiten ge-

wünschten und gewollten Integration wird als Ausdruck dafür verstanden werden, dass die Muslime ein gleichberechtigter Teil dieser Stadt sind.

*Sedef Özakin*

## VELO-CITY 2007: MÜNCHEN RADELT IN DER 1. LIGA

**München wird zur Zeit von attraktiven Großereignissen verwöhnt. Noch bis zum 9. Oktober dieses Jahres läuft die Bundesgartenschau. Im nächsten Jahr wird die Fußballweltmeisterschaft in München eröffnet. Und im Jahr 2007?**

Niemand käme auf die Idee, ein Fahrrad-Event mit einer Fußball-WM zu vergleichen. Aber dennoch: im Frühsommer 2007 wird in München die internationale Velo-City-Konferenz stattfinden, bei der – zugegeben – nicht die Welt, aber immerhin die Fahrradwelt auf München schaut. Es werden bis zu 800 Fahrradfachleute und –lobbyisten aus 40 Nationen in der Landeshauptstadt erwartet.

### **München setzt sich durch**

Die VELO-CITY Konferenz wird seit ihrer Gründung im Jahr 1980 in zweijährigem Turnus in großen europäischen Städten ausgerichtet, so z.B. 1984 in London, 1989 in Kopenhagen, 1991 in Mailand, 1995 in Basel, 1997 in Barcelona, 2000 in Amsterdam, 2001 in Edinburgh und Glasgow, 2003 in Paris und 2005 in Dublin. Wie begehrt die „Velo-City“ in der internationalen Radl-Gemeinde ist und welches Renommee sie genießt, zeigt allein die Tatsache, dass für die Ausrichtung der nächsten Konferenz im Jahr 2007 Bewerbungen namhafter Städte wie Kopenhagen (Dänemark), Malmö (Schweden), Genf (Schweiz), Gent (Belgien) und der „Städtepartnerschaft“ Bologna-Ferrara-Ravenna (Italien) vorlagen.

Bereits im Jahr 2004 hatte ich – natürlich mit Rückhalt des Münchner Stadtrats – beim Europäischen Radfahrerverband die Bewerbung Münchens für die

Velo-City 2007 erreicht. Der „VELO-CITY-Rat“ hat sich nun vor einigen Wochen in einer Endausscheidung gegen die Städtepartnerschaft Bologna-Ferrara-Ravenna einstimmig für die Landeshauptstadt München als Austragungsort für 2007 entschieden. Damit wurde auch die Vorreiter-Rolle gewürdigt, die unsere Stadt in der Fahrradpolitik einnimmt.

Möglichst attraktive Bedingungen für das umweltverträglichste Fortbewegungsmittel: hier radelt München – im Vergleich mit deutschen und europäischen Millionenstädten – schon seit langem in der ersten Liga. In München wurde das Radnetz seit 1993 von 633 km auf 708 km erweitert. 13 von 16 Radialrouten mit einer Länge von 112 km wurden fertiggestellt und beschildert. In den vergangenen beiden Jahren konnten wir das Angebot an Fahrradabstellanlagen an 51 Standorten um 1827 Stellplätze erweitern. Es gibt inzwischen im Stadtgebiet über 24.000 städtische Radlständer.

### **Neue Impulse für den Radverkehr**

Ein weiterer Erfolg: die Anzahl der für Radler geöffneten Einbahnstraßen stieg in den letzten zwei Jahren auf 98, und auch die erste Fahrradstraße wurde eingerichtet. In den letzten zwei Jahren



*Bürgermeister Hep Monatzeder*

haben wir 2,4 Mio. Euro in den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur investiert und Radwege für insgesamt 4,5 Mio. Euro saniert. Dabei ist die Durchführung von Radverkehrsmaßnahmen bei Großprojekten nicht mitgerechnet. Ohne falsche Bescheidenheit dürfen wir sagen: Diese Erfolge sind vor allem Ausdruck einer engagierten Fahrradpolitik der Grünen. Ohne permanenten Druck – auch auf unseren Koalitionspartner – wäre es in unserer Stadt um die Bedingungen für Radler wesentlich schlechter bestellt.

Natürlich bleibt auch in dem kommenden Jahren noch viel zu tun, und auch die finanzielle Ausstattung der städtischen „Radlpauschale“ steht unter ständigem Druck der allgemeinen Haus-

haltslage. Aber auch hier erwarte ich mir durch die Ausrichtung der internationalen Konferenz den Impuls, auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel an einer engagierten Förderung des umweltfreundlichsten Fortbewegungsmittel festzuhalten.

Denn gerade die Investitionen in den Radverkehr – mit seinem vergleichsweise geringen Flächenanspruch – rechnen sich. Die VELO-CITY soll in

diesem Sinne auch Ansporn und Herausforderung sein, die Bedingungen für das Radfahren in München weiter zu verbessern.

In den kommenden zwei Jahren werden wir mit unseren Partnern die Konferenzinhalte planen, Themenschwerpunkte festlegen und eine große Radverkehrsausstellung vorbereiten, die parallel zur Konferenz läuft und möglichst viele Münchnerinnen und Münchner an-

sprechen soll.

Mein Ziel ist es, München zur fahrradfreundlichsten Großstadt Deutschlands zu machen und dieses Ziel auch international zu kommunizieren. Dafür bleibt noch einiges zu tun – und das sollten wir gemeinsam anpacken.

*Hep Monatzeder*

## WAHLKAMPF IN ZEITEN DES UNTERGANGS

*Es gibt einen richtigen Wahlkampf im falschen*

**Ganz offensichtlich hasst Gerhard Schröder diese Opern, in denen der Held bereits vom Schwert des Gegners tödlich getroffen ist, aber noch ungefähr eine halbe Stunde eine Arie singt.**

Angesichts der Erinnerung, wie sehr es ihn immer genervt hat, wenn das Ende klar, aber der Schluss noch weit ist, hat er am Abend des 22. Mai beschlossen, dem Jammer ein Ende zu setzen. Er hat sich den Dolch rausgezogen und dem Publikum aufgetragen, entweder ganz laut zu applaudieren oder eine neue Inszenierung zu wählen.

Auf der Bühne zurück blieben die treuen grünen Freunde. Diese hätten die Aufführung gerne noch zu Ende gebracht, aber ohne den Heldenchor ist das witzlos. Ratlos standen die grünen Ensemblemitglieder herum und überlegten was zu tun wäre. Einfach so weitermachen? Darum kämpfen, dass die Aufführung im Herbst wieder aufgenommen werden kann? Aber wer eine Inszenierung so verlässt, will vielleicht gar nicht zurück auf die Bühne.

Dem grünen Wahlprogramm ist dieser Zwiespalt anzumerken: Aus dem laufenden Regierungsgeschäft heraus muss wahrscheinlich ein Oppositionswahlkampf geführt werden. Dummerweise wollen viele Beschlüsse aus der Regierungsbeteiligung so gar nicht in das Image einer frischen und unverbrauchten Oppositionsrolle passen. Das Zuwanderungsgesetz ist zum Zuwanderungsverhinderungsgesetz mutiert, viele Regelungen der Terrorismus-

bekämpfungsgesetze nach dem 11. September 2001 haben die Grünen nur mit Hänchen und Würgen geschluckt und bei Hartz IV konnten sich die Grünen ebenfalls mit vielen Vorstellungen nicht durchsetzen. Die Grünen haben Rüstungsaufträge und den Afghanistaninsatz geschluckt. Die ganzen Kröten kommen jetzt wieder hoch und bringen einen zum Würgen.

Wie also auftreten? Das staatstragende Regierungsstatement ist unglaublich – die kecke Oppositionsrolle aber auch. Fakt ist: Die Grünen wollten weiter regieren. Das weiß die ganze Republik. Jetzt so zu tun, als ob man nur auf die Oppositionsrolle gewartet hätte, wäre unglaublich. Aber den Realitäten nicht in die Augen zu blicken wäre es auch. Dieser Zwiespalt ist nicht einfach aufzulösen. Es bedeutet, dass man im Wahlkampf die Grundlagen immer wieder betonen muss. Es gibt keinen einfachen Oppositionswahlkampf – und keinen Regierungs- und Lagerwahlkampf.

Es hilft nur: Ehrlichkeit. Sagen was wir wollten, was wir erreicht haben und was nicht – und was wir vom nicht Erreichten in einer (wahrscheinlichen) Oppositionsrolle vertreten werden.

Und was noch wichtig ist: Endlich mit der SPD auf Bundesebene so umzugehen wie sie es verdient. Schröder hätte ja einfach gehen können. Aber er hat sich für die Form des erweiterten Selbstmords entschieden. „Warum soll ich alleine untergehen?“ hat er sich gedacht. Die Grünen müssen ihn von der Bühne lassen – aber jetzt sollten sie zeigen, dass sie ohne einen jammernden Schröder, einen nach immer mehr Kontrolle

schreienden Schily und einen ständig Geldgeschenke an die Wirtschaft verteilenden Clement durchaus eine gute Performance zu bieten haben – wovon man Teile bisher nicht gesehen hat, weil die SPD immer den Mehltau des Bedenkens und Verhinderns darüber gelegt hat.

Es gibt einen richtigen Wahlkampf im falschen. Wenn die SPD abgestraft wird, wenn CDU, CSU und FDP gewählt werden, dann kommen PolitikerInnen ans Ruder, die alles noch viel schlimmer machen wollen. Das sollte beim noch immer koalitionsstreuen Blick auf die SPD nicht vergessen werden. Doch derzeit läuft der Wahlkampf vor allem im linken Lager untereinander. Linkspartei gegen SPD gegen GRÜN. Das ist falsch, denn die wirkliche Alternative entsteht nicht im linken Lager, sondern gegenüber der Union und der FDP. Doch die SPD und die Linkspartei werden aus ihrer Fixierung aufeinander nicht herauskommen – schon gar nicht beim Thema Arbeit. Hier ist die Chance der Grünen. Sie stehen quer, wenn sie sich quer stellen. Sie können ehrlich auf sieben Jahre zurückblicken und relativ tapfer nach vorne. Sie können die ökologische Karte ziehen, die die anderen noch nicht einmal als gezinkte Karte mit sich herumtragen. Im Schlachtengetümmel dieses Sommers und des Herbstes sind die Grünen eigentlich gut aufgestellt.

*Siegfried Benker*

## Unterstützung für Hürriyet-Kampagne

Die Kampagne „Gegen häusliche Gewalt“ der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ soll noch mehr Beachtung finden. Stadträtin Sedef Özakin hat beantragt, die Kampagne von Seiten der Stadt zu unterstützen.

„Hürriyet“ ist die größte türkische Tageszeitung und wird von den Türken in Deutschland viel gelesen. Zwar ist das Blatt in der Vergangenheit durch nationalistische Überspanntheiten sowie „Nestbeschmutzer“-Attacken gegen Liberale und Bürgerrechtler (darunter auch der Grüne MdEP Cem Özdemir) einige Male unangenehm aufgefallen, hat aber jetzt das Problem der innerfamiliären Gewalt in Anzeigen und verschiedenen bundesweiten Veranstaltungen aufgegriffen und zeitgleich auch in türkischen Fernsehkanälen einen Spot geschaltet. Faltblätter bieten Basisinformationen und Anlaufstellen für betroffene Frauen. Auch eine Hotline ist mittlerweile eingerichtet.

Darüber hinaus kooperiert Hürriyet mit den türkischen Religionsattachés, wodurch die Kampagne auch in Moscheen thematisiert wird. In diesem Zusammenhang werden nach Aussagen der Initiatoren auch Themen wie Zwangsverheiratung oder Ehrenmorde thematisiert und diskutiert.

Mehr: <http://www.hurriyet.de/hurriyet/kampagnede/index.php?navi=aile17>

## Bundestag will Car-Sharing fördern

„Den entscheidenden Schritt nach vorne“ hat nach Auffassung von Stadtrat Jens Mühlhaus der Bundestag bei der Förderung des Car-Sharings gemacht. Mit dem Beschluss, die Bundesregierung aufzufordern, künftig eine Einrichtung von reservierten Car-Sharing-Stellplätzen im öffentlichen Verkehrsraum zu ermöglichen, werde der rasch wachsenden Bedeutung dieser neuen Verkehrsdienstleistung Rechnung getragen. Zusammen mit den Ländern soll die Bundesregierung außerdem überprüfen, ob die Einrichtung von Car-Sharing-Stellplätzen mit Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes gefördert werden kann. Jens Mühlhaus: „Das Car-Sharing ist

in allen unseren Überlegungen zu einer stadtverträglichen Mobilität ein zentraler Baustein. Seit Jahren suchen wir nach Wegen, die inzwischen beträchtliche Fahrzeugflotte aus den Hinterhöfen auf die Straße und damit ins Bewusstsein der Münchnerinnen und Münchner zu bringen. Genauso wie Taxis sind Car-Sharing-Fahrzeuge als Teil des öffentlichen Verkehrs zu betrachten. Daher ist es richtig und notwendig, ihnen auch Stellplätze im öffentlichen Straßenraum zuzuweisen. Dies dient der optimalen Verknüpfung von Autoverkehr und Öffentlichen Verkehrsmitteln und somit auch der Reduzierung der vom Autoverkehr verursachten Umweltbelastungen. Gerade in München hat Car Sharing schon viele Anhänger und ein hohes Wachstumspotential.“

In München bietet das Car-Sharing Unternehmen „Stattauto“ seinen 5100 Mitgliedern 200 Autos an 65 Standorten im Stadtgebiet und der westlich angrenzenden Region. Das kleinere Unternehmen „Stadtteilauto“ hat 500 Mitglieder und verfügt über 15-25 Autos an sechs Standorten im östlichen Stadtgebiet.

<http://www.stattauto.de/>

<http://www.stadtteilauto.de/>

## Umweltwirtschaft in München floriert

Die Umweltwirtschaft in der Region München floriert – das ist das Ergebnis einer vom städtischen Referat für Arbeit und Wirtschaft beim ifo Institut in Auftrag gegebenen Studie. Die Vorsitzende der Stadtratsfraktion Lydia Dietrich bezeichnete das Ergebnis als erneuten Beleg für die Zukunftsfähigkeit dieses Wirtschaftszweiges, der in München offenbar besonders günstige Bedingungen vorfinde.

Die Daten der 143 von der Umfrage erfassten Unternehmen aus München und den angrenzenden Landkreisen zeigen für die Produktion von Umweltschutzgütern deutliche Steigerungen der Umsätze und der Zahl der Beschäftigten im Vergleich zu 1994. Nach Hochrechnungen des ifo Instituts arbeiten mittlerweile in der Planungsregion 14 ca. 9.000 Menschen in der Umweltbranche und erzielen einen Umsatz von rund 1,3 Mrd. €. Vor allem die Abfallwirtschaft hat hohe Steigerungsraten zu verzeichnen.

Die Studie stellt für die Region München „vielfältige, umweltrelevante Innovationspotentiale“ fest: in den Bereichen der erneuerbaren Energien – v.a. der Photovoltaik und der Biomasse

## Personalien

Die 27jährige Diplom-Geographin Regina Schreiner vertritt bereits seit dem Frühjahr die Fraktionsreferentinnen Alexandra Weiß und Sabine Beck, die sich beide im Mutterschaftsurlaub befinden. Ihren Nachnamen hat sie übrigens von einem ehemaligen Mitarbeiter der Fraktion übernommen, dem sie vor kurzem das Ja-Wort gegeben hat: Martin Schreiner, Experte für Mobilitätsberatung, war Ende der 90er Jahre in der Grünen Fraktion für Planungspolitik zuständig.

Die beiden Mütter sind übrigens wohl auf: Axi Weiß freut sich nach 2 Söhnen über Töchterchen Laura, Sabine Beck über Sohn Lukas – herzlichen Glückwunsch!

Ein weiterer Glückwunsch geht an Elke Büttner. Die „Frau der ersten Stunde“, seit den Anfängen der Fraktion 1984 dabei und der Grünen Politik in den letzten Jahren in herzlicher Abneigung verbunden, ist in den Ruhestand getreten.



Regina Schreiner

se, sowie bei der Entwicklung alternativer Antriebssysteme. Besonders dynamische Wachstumspotentiale erkennt die Studie bei der Brennstoffzellentechnologie und beim Handel mit ökologischen Lebensmitteln.

## Green Goal für WM in München

Stadträtin Sabine Krieger hat gefordert, für die Fußballweltmeisterschaft 2006 Projekte im Sinne von „Green Goal“, dem Umweltkonzept der FIFA zu entwickeln.

Das erste innovative Umweltkonzept einer FIFA Fussball-Weltmeisterschaft formuliert folgende Ziele:

- Abfall vermeiden und umweltgerecht verwerten: Die Abfallmengen in den und im Umfeld der Stadien sollen um 20% sinken.
- Verkehr umweltfreundlich und effizient gestalten: 50% aller Besucher

werden 2006 mit dem öffentlichen Nahverkehr zu den Spielen in die WM-Stadien fahren.

- Energie effizient nutzen und umweltverträglich herstellen: Der Energieverbrauch der Stadien wird um 20 % reduziert.

- Verantwortungsvoller Umgang mit Wasser: Zur Schonung der Trinkwasserressourcen werden die WM-Stadien ihren derzeitigen Wasserverbrauch um 20% reduzieren.

Sabine Krieger: „Leider wurde das Konzept bisher nicht in der Vorbereitung in München integriert. Für München liegen bisher keine Maßnahmenvorschläge vor. Andere Städte wie Nürnberg (Regenwassernutzung), Stuttgart (Regenwassernutzung), Gelsenkirchen (Solarsegel in der Schalke-Arena), Leipzig (Einbettung des neuen Stadions in Landschaftsschutzgebiet und Biotope) sind da viel weiter.“

## Fragwürdige 1-Euro Jobs

Vernichten die 1-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze auch in München? Diesen Schluss kann man jedenfalls aus Suchanzeigen der ARGE (Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung) ziehen, die der Fraktion vorliegen. So sucht die ARGE z. B. eine Bürokraft mit MS-Office Kenntnissen, eine Kantinenhilfe, eine BibliothekshelferIn, eine TelefonistIn und Ähnliches.

Fraktionsvorsitzender Siegfried Benker hat daher eine Stellungnahme der Stadt eingefordert: „Die 1-Euro-Jobs wurden für gemeinnützige und zusätzliche Stellen geschaffen. Wenn sie reguläre Arbeitsplätze vernichten, ist das das Gegenteil des erwünschten Effekts.“

## TERMINE:

Mittwoch, **24. August**, 19.30 Uhr  
Veranstaltung mit **Renate Künast**  
To Petrino, Arnulfstr., 155  
(S-Bahn Donnersberger Brücke, Trambahn 16 oder 17, Haltestelle Burghausenerstraße).

Donnerstag, **8. September**, 19.30 Uhr,  
Veranstaltung mit **Danny Cohn-Bendit** im Wirtshaus am Schlachthof, Zenettistr. 9 (U-Bhf Poccistraße).

Dienstag, **13. September**, ab 16 Uhr, Marienplatz:  
Wahlkampfhöhepunkt der Bayerischen Grünen mit **Joschka Fischer**.

## GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

### Stadtratsfraktion

#### Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 233 92 684

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

### Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

Lydia Dietrich

### Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Stefan Scholer

www.hep-monatzeder.de

### Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88

Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene-muenchen.de

www.gruenemuenchen.de

### Mitarbeiterinnen:

Annette Louis

Liane Rohen

Petra Tuttas

### Stadtvorsitzender:

Dr. Florian Roth

DrFlorianRoth@aol.com

### Grüne Jugend München:

Tel.: 089-21159720

Johannes Dafinger

johannes@gjm.de

www.gjm.de

Inhaber und Verleger:  
Stadtratsfraktion Bündnis 90/  
Die Grünen-rosa liste  
Marienplatz 8  
80331 München

Redaktion:

Markus Viellvoye (verantwortl.)  
Stefan Scholer, Alexandra Weiß, Tassia  
Fouki, Sabine Beck.

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner Grünen kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit  
9 Euro, Einzelpreis 1, 50 Euro.

Druck:

Ulenspiegel Druck und Verlag  
Besenstraße 4  
82346 Andechs

### In eigener Sache:

**Die Räume der Stadtratsfraktion werden in der Sommerpause renoviert. Die Fraktion ist daher vor allem in der ersten Augushälfte nur eingeschränkt arbeitsfähig. Wir bitten um Verständnis!**